

DEUTSCHLAND

„Kein goldener Glanz über der Regierung“

Beim Gerangel um Posten und Personen geriet Kanzler Kohl unter zweifachen Druck: Gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff sind die Ermittlungen der Staatsanwäl-

te so weit fortgeschritten, daß bald Anklage erhoben werden könnte. Strauß ließ den Kanzler tagelang im ungewissen, ob er Verteidigungsminister werden wolle.

Alles lief nach gewohntem Ritual ab. Helmut Kohl rief Punkt eins der Tagesordnung auf, Franz Josef Strauß fiel ihm wie üblich ins Wort: Erst einmal müßten hier einige Dinge geklärt werden.

Wie stets in der Vergangenheit bei förmlichen Gesprächen über die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU machte der bayrische Vorsitzende am Montag vergangener Woche, als die Unionsparteien ihre eigenen Koalitionsverhandlungen begannen, den Christdemokraten das Sündenregister auf.

Strauß: Im Wahlkampf 1980 sei er als Kanzlerkandidat nicht ausreichend von der CDU unterstützt worden. Und jetzt verbreite die CDU auch noch, mit einem Kanzlerkandidaten Kohl hätte man schon 1980 die Wahl gewonnen. So könne man, polterte der Bayer, mit ihm nicht umgehen.

Erst recht in Rage geriet er beim Stichwort FDP. Lautstark bezichtigte er Helmut Kohl, der Kanzler habe insgeheim gemeinsame Sache mit den Liberalen gemacht, als deren Zweitstimmenwerbung im Wahlkampf nicht mit voller Kraft bekämpft worden sei. Wäre die CDU genauso energisch wie die CSU gegen die FDP vorgegangen, dann, so Strauß, hätte die Union am 6. März die absolute Mehrheit errungen. Aber offenbar habe Kohl die absolute Mehrheit ja nicht gewollt.

Dann zog der Mann, der gerne Außenminister geworden wäre, lang und breit über den FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher her: Dessen Außenpolitik habe sich in den zurückliegenden Jahren durch „Dilettantismus“ ausgezeichnet.

Die Gesprächspartner, Kanzler Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler, Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Fraktionschef Alfred Dregger, gaben nicht viele Widerworte. Wußten sie doch aus früheren Unterhaltungen dieser Art, daß der Redefluß des CSU-Vorsitzenden oh-

ne Störungen um so rascher versiegen werde.

So kam der christliche Teil der Bonner Regierungskoalition schließlich zur Sache und begann Kurs und Personal des zweiten Kabinetts Kohl/Genscher abzustimmen. „Alles läuft“, frohlockte einer der CDU-Unterhändler, „wir machen ‚business as usual‘.“

Und doch war diesmal alles anders. Obwohl bei den offiziellen Gesprächen keiner darüber redete, war den Architekten der neuen Koalition klar, daß ihre ganze Konstruktion aus Ministerposten



Ministerkandidaten Lambsdorff, Strauß*: Den Kanzler in eine böse Zwangslage gebracht

* Im Hintergrund Dregger, Stoltenberg; am Donnerstag letzter Woche im Kanzleramt.

und programmatischen Sachpunkten in Kürze zusammenkrachen kann.

Denn schon bald könnte sich ein Kabinettsmitglied, mit dessen Berufung das Koalitionsgebäude steht oder fällt, vor Gericht verantworten müssen: Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff muß fürchten, daß die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen des Verdachts der Vorteilsannahme nicht einstellt, allen Unschuldsbeteuerungen des Grafen zum Trotz. Er muß damit rechnen, daß die Staatsanwaltschaft ihn wegen dringenden Tatverdachts anklagen wird.

Lambsdorff wird vorgeworfen, er habe vom Flick-Konzern im Gegenzug für Steuerbefreiungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark in den Jahren 1977 bis 1980 insgesamt 165 000 Mark erhalten. Was die Verteidiger des Ministers bisher zu seiner Entlastung vorbrachten, hat die Bonner Staatsanwaltschaft allem Anschein nach nicht überzeugt.

Nach dem Motto „Tote reden nicht“ hatten Lambsdorffs Verteidiger – ebenso wie die Anwälte des gleichfalls verdächtigten früheren FDP-Wirtschaftsministers Hans Friderichs – versucht, alle Vorwürfe auf den 1981 ermordeten FDP-Bundesschatzmeister Heinz Herbert Karry zu lenken.

So schrieb Lambsdorff-Anwalt Egon Müller am 30. November 1982 an die Staatsanwaltschaft:

Von den angeblichen Zahlungen, die unter dem 6. 12. 1977, 19. 4. 1979, 30. 1. 1980, 15. 4. 1980, 7. 7. 1980 in den Aufzeichnungen von Herrn Diehl (Flicks Hauptbuchhalter, d. Red.) erscheinen, ist meinem Mandanten nichts bekannt. Wie meinem Mandanten zwischenzeitlich bekannt geworden ist, sind diese seinem Namen zugeordneten Beträge wohl ausnahmslos dem damaligen Bundesschatzmeister der FDP – Herrn Heinz Herbert Karry – zugeflossen. Der Name meines Mandanten figuriert in den Aufzeichnungen von Herrn Diehl lediglich als parteipolitische Richtung, in welche die Gelder gezahlt worden sind.

Die Bonner Staatsanwälte mochten sich damit nicht zufriedengeben. Sie ermittelten weiter, beschlagnahmten Bankkonten bei insgesamt drei Bankinstituten, klingelten zu Hausdurchsuchungen – und stießen auf eine neue heiße Spur.

Das hatten Lambsdorffs Anwälte nicht bedacht: Der verheiratete Karry hatte seit vielen Jahren eine Freundin. Und diese Lebensgefährtin mochte nicht mit ansehen, daß Karry im nachhinein zum Hauptschuldigen in der Flick-Affäre gemacht werden sollte.

Am Donnerstag nach Neujahr sprachen zwei Bonner Ermittlungsbeamte in einem Frankfurter Vorort zur Hausdurchsuchung bei Karrys Vertrauter vor. Sie brachten eine Kladde mit, in der sie stenographische Aufzeichnungen gemacht hatte, als sie dem Schatzmeister bei seinen Korrespondenzen behilflich gewesen war.

Im Februar wurde Karrys Freundin in Bonn einen ganzen Tag lang vernommen. In einem Telefonat mit dem SPIEGEL berichtete die Frau, sie wisse mit Sicherheit, daß Karry ihr gegenüber nie etwas über Spenden von Flick gesagt habe, ja mehr noch: „Ich habe nicht in Erinnerung, daß da jemals etwas geflossen ist.“

Sie sei im wesentlichen über die Kontenbewegungen des Schatzmeisters informiert gewesen. Wer jetzt behauptete, es seien so große Summen an Karry gezahlt worden, „der soll doch bitte schön sagen, auf welche Konten das Geld gekommen ist, und dafür Belege vorlegen“.

Natürlich habe sie Karry „nicht in die Taschen geguckt“ – aber bei größeren

neue Recherchen anzustellen; das Ermittlungsverfahren würde sich weiter hinziehen.

Die Bonner Staatsanwaltschaft aber scheint entschlossen, jegliche Verschleppungstaktik zu unterlaufen. Ende April, spätestens Ende Mai will sie das Ermittlungsverfahren abschließen. Schon gibt es in Lambsdorffs Lager Überlegungen, ob dagegen Beschwerde möglich ist.

Kanzler Kohl beobachtete vergangene Woche verärgert, daß die Verstrickungen von Flicks Demokratischer Partei, wie die FDP inzwischen in Bonn buchstabierte, erste Schatten auf seinen schönen Wahlsieg vom 6. März werfen.

Doch was kann Kohl dagegen tun? „Der Kanzler steckt“, so ein Vertrauter, „in einer bösen Zwangslage.“



Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Aha – da kommt Genscher mit seinen Leuten!“

Barzahlungen sei sie von ihm eigentlich stets informiert worden. Von Flick-Geld sei nie die Rede gewesen. Daß Lambsdorff jetzt, um sich reinzuwaschen, über seinen Anwalt behaupten lasse, die an ihn adressierten Gelder seien an Karry geflossen, „das ist sehr bedauerlich“, sagte die Frau.

Lambsdorffs Problem: Er weiß nicht, wie weit Karry die Lebensgefährtin in die verschlungenen Geschäfte eines Schatzmeisters eingeweiht hat. Er habe, so der Graf vergangene Freitag zum SPIEGEL, „bis vor wenigen Tagen von der Existenz dieser Frau nichts gewußt“.

Die Anwälte des Wirtschaftsministers wollen, so berichten Eingeweihte, eine umfangreiche zweite Stellungnahme mit neuen Beweisanträgen abgeben, sobald ihnen die Staatsanwälte Akteneinsicht gewähren. Hoffnung der Lambsdorff-Partei: Die Staatsanwälte könnten auf diese Weise gezwungen sein, wieder

Hätte er Lambsdorff nahegelegt, auf den Wiedereintritt ins Kabinett zu verzichten, dann wäre dies in der Öffentlichkeit als vorweggenommenes Schuldgeständnis des Grafen ausgelegt worden. Die nach rechts gedriftete FDP hätte ihre neue Identifikationsfigur verloren, bei der Kanzlerwahl im Bundestag müßte Kohl um Stimmen aus der FDP-Fraktion bangen. Und zu allem Unglück wäre dann wohl der Einmarsch von Strauß in Bonn nicht mehr zu stoppen.

Ein Ausfall Lambsdorffs würde das feingesponnene Personalnetz verheddern. Nur wenn Wirtschaftsressort und Außenministerium bei der FDP bleiben und Gerhard Stoltenberg das Finanzministerium behält, könnte Kohls Rechnung aufgehen: fünf Ministerien an die CSU; Rainer Barzel rückt zum Bundestagspräsidenten auf, Richard Stücklen wird zu dessen Vize degradiert. Alfred Dregger erhält das Innerdeutsche Mini-

sterium, Heiner Geißler übernimmt den Fraktionsvorsitz.

So war in den Koalitionsgesprächen bis zum Freitag vergangener Woche ein Verzicht Lambsdorffs „für uns kein Thema“ (Geißler). Und dies, obwohl dem Kanzler von Mitarbeitern längst zugetragen worden war, die Bonner Staatsanwaltschaft habe inzwischen so viel Belastungsmaterial, daß eine Anklage zwingend sei.

Um Strauß nur ja keinen Anlaß zu geben, gleich zu Beginn schon alles durcheinanderzubringen, schwiegen sich der Kanzler und seine Helfer vor dem Bayern beharrlich über die Hinweise in Sachen Lambsdorff aus. Die Koalitionsverhandlungen liefen ab, als gäbe es keine Probleme mit dem Staatsanwalt.

Geduldig hatte Kohl am vorigen Montagabend im Kreis der Unionsunterhändler im Adenauer-Haus Strauß angehört, als der einmal mehr mit der Vergangenheit abrechnete – allerdings nicht mit seiner eigenen.

Immer wieder kam der CSU-Vorsitzende in langatmigen Monologen darauf zurück, wie recht er doch mit seinen düsteren Prophezeiungen über die „Laiendarsteller der liberalistisch-sozialistischen Ära“ gehabt habe.

Strauß-Gehilfe Edmund Stoiber assistierte, wann immer dies nötig schien, seinem aufgebrachten, schwitzenden Chef. „Die CSU muß darauf achten“, tönte Straußens Generalsekretär, „daß die kulturevolutionären Umwälzungen der vergangenen 13 Jahre korrigiert werden, soweit das überhaupt möglich ist.“

Was aus bayrischer Optik möglich zu sein hat, führte der CSU-Chef vor. So forderte er, die „gesamte Konzeption der bundesdeutschen Ost-Politik“ müsse überprüft und geändert werden.

Für den Revisor Strauß gibt es überhaupt keinen Zweifel, daß die Bonner Rechts-Koalition die deutsche Frage nicht länger auf die Territorien der Bundesrepublik und der DDR beschränken darf. Vielmehr müßten, allen polnischen Klagen zum Trotz, die einst ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße einbezogen werden. Was Innenminister Fritz Zimmermann, Strauß-Stellvertreter im CSU-Vorsitz, dazu im Wahlkampf von sich gegeben habe, sei schon recht und habe auch für die neue Regierung zu gelten.

Überhaupt verdienten, dozierte der Partner aus Bayern, deutsche Rechtspositionen in der Ost-Politik wieder stärkere Beachtung. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der DDR soll, darin stimmten die CDU-Unterhändler mit Strauß überein, die neue Deutschlandpolitik bestimmen. Es sei geradezu unglaublich, schimpfte Strauß, daß Kohls Staatsminister Philipp Jenninger nach dem Regierungswechsel im vergangenen Dezember nach Ost-Berlin gefahren sei, ohne zuvor über die Rücknahme des Mindestumtausches auch nur ein Wort zu verlieren – als



Kanzler Kohl: „Ich muß mit Strauß in Frieden leben können“

Vorbedingung künftiger christlichliberaler Deutschlandpolitik.

So sehr habe sich der CSU-Vorsitzende ereifert, berichteten Teilnehmer, daß Kanzler Kohl versprach, so etwas werde bestimmt nicht wieder passieren. Das Prinzip der strikten Gegenleistung solle eingehalten und die Visite des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik gründlicher vorbereitet werden als der Besuch Helmut Schmidts in der DDR.

Gestützt auf seine umfangreichen Papiere, rechtete Strauß auch in der Afrika-Politik. Was Genscher und seine Diplomaten sich da geleistet hätten, sei an Dilettantismus nicht zu überbieten. Der Geopolitiker aus der bayrischen Staatskanzlei verlangte von Kohl „im Interesse der deutschen Wirtschaft und der schwarzen Menschen“ ein „entkrampf-tes Verhältnis“ zu Südafrika, einem nach seiner Meinung verlässlichen Partner des Westens.

Unwillig dagegen wurden die Christdemokraten, als Strauß darüber debattieren wollte, ob der Westen richtig gehandelt habe, als er sich für die Unab-

hängigkeit Namibias auf der Grundlage der Uno-Sicherheitsrats-Resolution 435 stark machte. Doch Strauß wollte Kohls Vorhaltungen nicht gelten lassen, es sei müßig, zu dieser Stunde zu streiten; die von allen westlichen Staaten akzeptierte Resolution gebe es nun mal. Der CSU-Chef verlangte, das von Genscher geschlossene deutsche Konsulat in Windhuk wieder zu öffnen und nicht länger das „substanziöse Geschwafel aus Uno-Resolutionen“ als Maßnahmen zur Friedenssicherung auszugeben.

„Am Ende“, so ein Kohl-Gehilfe, „wußte keiner, was der eigentlich wollte.“

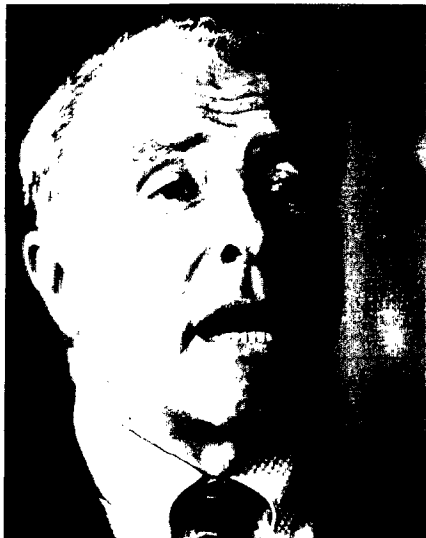
Einmal bei der Generalabrechnung, mochte der Bayer den geplatzen Panzerverkauf an Saudi-Arabien nicht auslassen. Er wolle zwar auch nicht Leopard-Panzer an die Saudis liefern, beteuerte er, aber wie die Amateure der Schmidt/Genscher-Regierung das Geschäft verpatzt hätten, das sei schon hanebüchen, so etwas dürfe nicht wieder passieren.

Kohl pflichtete bei, die Sache sei sicher unglücklich gelaufen: „Du hast ja recht, Franz Josef.“ Doch der Kanzler fand es unpassend, das Problem ausgerechnet jetzt zu erörtern, für die Koali-

* Auf dem Weg zu den Verhandlungen mit der CSU am Montag letzter Woche.

tionsverhandlungen mit den Freidemokraten gebe das Thema nichts her.

In der Furcht vor dem Herrn aus Bayern hatten sich am Mittwoch die Liberalen auf die Verhandlungen im Gästehaus des Auswärtigen Amtes vorbereitet. Die Nachrichten über Straußens Auftritte vor Helmut Kohl ließen nichts Gutes erwarten. „Er hat es fertiggebracht, sich zum Mittelpunkt zu machen“, so einer der Teilnehmer der FDP-Runde, „und er will uns in die Knie zwingen.“



Fraktionschef Dregger
Künftig Minister?



Minister Geibler
Künftig Fraktionschef?

Krach erwarteten die Freidemokraten vor allem bei den Gesprächen über Außen- und Innenpolitik. Strauß, so ihr Verdacht, werde die Gelegenheit nutzen, sich für die Blockade gleich zweier Schlüsselministerien durch die FDP zu revanchieren.

Nicht nur das Außenministerium, so hatte Genscher den Koalitionspartner Kohl wissen lassen, sei tabu. Auch über das Wirtschaftsressort lasse er überhaupt



Bundestagspräsident Stücklen: Nur noch Vize?

nicht mit sich reden. Andernfalls könne er nicht für alle Stimmen seiner Fraktion bei der Kanzlerwahl garantieren. Und als schließlich ruchbar wurde, Strauß spekuliere auf eine Art Super-Verteidigungsministerium, gab er noch eins drauf: Nichts, ließ Genscher kühl verbreiten, sei bei ihm zu holen.

Noch bis zum Wochenende hatte der 67jährige Bayer seine wenigen Freunde und zahlreiche Gegner im unklaren gelassen, ob er aus München nach Bonn umziehen wolle. Er spürte, daß Kohl und Genscher trotz aller Beteuerungen nur eines im Sinn hatten: ihn von der Macht fernzuhalten. Genau das reizte ihn zum Widerspruch, und so schien alles möglich.

Auch das Gespräch mit Kohl am Montag letzter Woche war nicht gerade nach seinen Wünschen verlaufen. Der Kanzler unterbreitete ihm nämlich kein konkretes Angebot, vielmehr druckte er zunächst herum, man müsse sich endlich über Personalfragen einigen.

„Ich muß mit dir in Frieden leben können“, begann Kohl die Verhandlung über das heikle Problem. Dann machte

er seinem langjährigen Rivalen klar, daß auch das Finanzressort nicht zu haben sei. Abgesehen vom Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerium, so Kohl weiter, „kannst du beanspruchen, was du willst. Aber die objektiven Schwierigkeiten kannst du nicht verneinen.“

Sollte Strauß sich entschließen, unter diesen Umständen lieber dem Kabinett fernzubleiben, versprach der Kanzler, „werde ich dafür sorgen, daß die personelle Repräsentation nach außen das gewachsene Gewicht der CSU deutlich macht“.

Strauß zeigte sich einsichtig: „Ich kann die Augen nicht verschließen vor objektiven Tatsachen, wenn ich ernst genommen werden will.“ Er selber zog den Schluß: „Dann bleibt nur das Verteidigungsministerium und der Vizekanzler.“ Kohl knapp: „Einverstanden.“

Schon bald aber begriff er, daß er in eine „Falle“ (Strauß) gelaufen war. Generalsekretär Heiner Geibler klärte ihn auf, daß die CSU in diesem Falle eines ihrer vier Ressorts abgeben müsse. Fünf Ressorts gebe es nur, wenn Strauß in München bleibe.

„Unerhört“, schimpfte Strauß, das zusätzliche Ministerium werde quasi als „Kopfprämie“ für sein Fernbleiben ausgelobt. Es komme „nicht in Frage“, daß er einen seiner Kollegen von seinem Posten verdränge.

Vor Freunden erregte sich der CSU-Chef später, „wenn Kohl das nicht so penetrant gemacht hätte“, wäre ihm, Strauß, „die Entscheidung, in München zu bleiben, leichter gefallen“. Kohl habe nur ein Interesse: „Nicht unter den Augen des großen Bruders aus München ständig seine Politik machen zu müssen.“

Strauß rächte sich: Er ließ den Kanzler erst einmal zappeln. Das Verteidigungsministerium, verkündete er, interessiere ihn schon: „Die Verlockung ist da, von der Aufgabe, vom Milieu und von der Atmosphäre her.“

Am Sonntag wollte er die Familie befragen, „ob ich meinen Lebens-Mittelpunkt nach Bonn verlege“, am Montag dieser Woche sich dann mit den Parteifreunden beraten. „Ich bin noch unentschieden“, verbreitete er. Aber vorsorg-

vorzeitige öffentliche Forderungen zu reizen. Seine Devise: Wenn irgend möglich, solle die CDU sich mit Strauß herumschlagen, die FDP müsse die direkte Konfrontation vermeiden.

Wenn es um die Festschreibung der bisherigen Außenpolitik geht, ist Genscher bereit, für Kohl „die Kartoffeln aus dem Feuer zu holen“ (ein Kabinettsmitglied). Genschers Motto: Die christlichliberale Regierung dürfe nicht in den Ruf geraten, sie wolle zurück ins Vorge-

stern. „Strauß kann da den Charakter einer Gummiwand kennenlernen“, prophezeite AA-Staatsminister Jürgen Möllemann Mitte letzter Woche. „Je heftiger er dagegen springt, um so mehr wird er zurückgeworfen.“

Strauß jedoch sprang nicht. In der ersten Runde der Beratungen am Donnerstag erlebten die Bonner einen besinnlichen Bayern, der meist in sich versunken zuhörte, freundlich nickte, nur „sachliche und konstruktive“ (so ein Teilnehmer) Bemerkungen von sich gab und meist seinen Generalsekretär Ed-

Geißler. Als Stoltenberg forderte, die Beamtengehälter sollten 1984 gar nicht oder allenfalls um zwei Prozent steigen, meldete Genscher Bedenken an.

Nach der Mittagspause, in der Debatte über Soziales, hatte Arbeitsminister Norbert Blüm seine Stunde. Er wollte Rentner und Beitragszahler gleichmäßig belasten. Statt höherer Beiträge aber wünschten Stoltenberg und Lambsdorff – nach der Regel: keine Abgaben- und Steuererhöhungen –, die zum 1. Juli 1984 fällige Aufstockung der Renten um ein halbes Jahr zu verschieben.

Blüm bockte: „Ich bin nicht der Verschiebeminister der Nation.“ Als FDP-Unternehmer Dieter Cronenberg auch noch Karenztage beim Arbeitslosengeld einführen wollte, ging der CDU-Mann hoch: „Ihr könnt ja viel mit mir machen, aber das nicht.“

So wurden die entscheidenden Probleme vertagt, bis zu den Haushaltsberatungen im Sommer. Es zeigte sich rasch, daß, wie in der sozialliberalen Ära, Einigkeit auch unter den neuen Partnern nicht so leicht herzustellen ist. FDP-Sparexperte Hans Günter Hoppe befürchtet schon bald „Herzrhythmusstörungen“ in der Koalition, zumal in der bisherigen Rechnung die Subventionen für Stahl und Schiffsbau nicht einmal eingesetzt sind.

Im Ausklammern übten sich die Unterhändler auch bei der Innen- und Rechtspolitik. Über das Thema Umwelt konnte sich Ex-Innenminister Gerhart Baum noch schnell mit seinem CSU-Nachfolger Fritz Zimmermann einigen, jedenfalls im Grundsätzlichen.

Unvereinbar aber waren die Positionen in der Ausländerpolitik. Genscher unterstützte massiv die Baum-Forderung, den Familien-Nachzug keinesfalls auf Kinder bis zu sechs Jahren zu begrenzen.

Als die Unionschristen ihre Forderung nach einer Reform der Ehescheidungsreform vorbrachten, meinte Baum spitz: „Haben Sie mal Ihre Frauen gefragt?“

Strauß hielt sich meist zurück. Nachher monierte er, Baum habe „unglaubliche Forderungen“ gestellt. Aber, so meinte er, „er sprach für sich allein“, Genscher und Lambsdorff hätten sich distanziert. Hernach fragte er: „Warum haben Sie den denn mitgebracht?“

Ausgeklammert ist einstweilen auch das Problem Lambsdorff. Jetzt geht es Kohl darum, die Kanzlerwahl hinter sich zu bringen. Ist er, so seine Überlegung, erst einmal im Amt bestätigt, kann er sein Kabinett leichter umbilden – vielleicht schon in wenigen Monaten.

Strauß aber ist er damit nicht los. Sollte er jetzt nicht nach Bonn gehen, vertraute der bayrische Ministerpräsident in der vergangenen Woche einem CSU-Mann an, dann schließe er seinen Wechsel nach Bonn in wenigen Monaten nicht aus – falls der FDP-Graf über eine Anklage in Sachen Flick stürzt. ◆



Verteidigungsminister Wörner
Von Strauß verdrängt?

lich fügte er an: „Es liegt kein goldener Glanz über der künftigen Regierung.“

Kohl und Genscher ihrerseits hatten sich im Nervenkrieg mit dem bayrischen Quälgeist schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen auf eine gemeinsame Strategie verständigt. Ihre Linie: Möglichst wenig soll im Detail festgeschrieben werden. Nur so lasse sich ständiger Krach mit Strauß umgehen, nur so behalte die Regierung ihre Handlungsfähigkeit.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik wurden daher nur Eckwerte vereinbart. „Wir wollen keine Warenhauskataloge verschicken“, erläuterte FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer. Zum Thema Soziales wurden zahlreiche Prüfungsaufträge erteilt.

Genscher schärfte den Seinen ein, den Münchner Regenten nur ja nicht durch



Innerdeutscher Minister Barzel
Künftig Präsident?

mund Stoiber reden ließ. Am Ende bedankte sich Kohl für die „harmonische Sitzung“.

Zu Beginn hatte Finanzminister Stoltenberg ein am Abend zuvor in der Union vereinbartes Haushaltstableau vorgelegt. Die Eckdaten: Der Haushalt soll 1984 nur um fünf Milliarden auf 258 Milliarden Mark steigen, die Nettokreditaufnahme soll auf 38 bis 39 Milliarden begrenzt, Steuern und Abgaben sollen nicht erhöht werden. Das erfordert Streichungen in Höhe von sechs bis sieben Milliarden Mark. In der Kasse der Rentenversicherung fehlen zudem 1984 sieben Milliarden.

Daraufhin kamen sich die Unterhändler mit ihren unterschiedlichen Spar-Ideen in die Quere. Als Lambsdorff vorschlug, das Mutterschaftsgeld (eine Milliarde) zu streichen, protestierte